09.01.2016 Nr. 85

Inhalt:			
Ausbau des Parkplatzes vor dem Stadion begrüßt	S. 01	Jugendschutz beim Gaststättengesetz	S. 03
Stadt ist sauber, Schulen nicht	S. 01	Für Wiedereinführung der Baumschutzsatzung	S. 04
SPD meldet Forderungen für Haushalt an	S. 02	Bedrohung des Tourismus	S. 04
Stadt droht Verkehrskollaps	S. 02	Lob für Art-Projekt	S. 04

Januar 2006

Ausbau des Parkplatzes vor dem Stadion begrüßt

Die SPD-Stadtratsfraktion zeigte sich erfreut darüber, dass im Haushalt 2006 für den Parkplatz vor dem Stadion Mittel bereitgestellt werden sollten. Damit würde eine jahrelange Forderung der SPD erfüllt. Seit langem forderte die SPD aber auch mehr Sicherheit für die Besucher auf dem Weg zum Freibad und zum Stadion durch einen Ausbau der Straße "Am Stadion". Da trotz Forderung der SPD für den Ausbau der Straße "Am Stadion" kein Geld vorgesehen war, sollte jetzt als eine schnelle und kostengünstige zu verwirklichende Maßnahme die Umwandlung dieser Straße zur Einbahnstraße erfolgen.

Durch hohes Verkehrsaufkommen waren die Besucher des

Freibades und des Stadions vor allem Kinder durch die schmale, schadhafte Straße stark gefährdet. Wenn auch noch Busse und Lkws die Straße befuhren, blieb für Radfahrer kaum noch Platz zum Ausweichen.

Um die Gefahrensituation schnell zu entschärfen, sollte auf Wunsch der SPD die Straße "Am Stadion" vom "Scheideschloot" an als Einbahnstraße in Richtung "Gutshofstraße" und der "Ahldersweg" von der "Gutshofstraße" in Richtung "Diekhausstraße" als Einbahnstraße umgewandelt werden. Diese Maßnahme könnte sofort umgesetzt werden.

"Stadt ist sauber, Schulen nicht"

SPD-Ortsausschuss macht 2006 Bildung zum Schwerpunktthema

Papenburg sfe
Ganztagsschulen und Zentralabitur werden eingeführt, die Orientierungsstufe
dagegen ist bereits Vergangenheit: Die Schulstruktur in
Niedersachsen durchläuft einen Wandlungsprozess. Der
Ortsausschuss der Papenburger SPD macht daher 2006
die Schul- und Bildungspolitik zum Schwerpunktthema.
Am Donnerstag lud er zur
Diskussion im Hotel Hilling.

"Wir müssen aufpassen, dass uns das nicht alles über den Kopf wächst und wir nicht in Dinge hineinschlittern, die wir eigentlich gar nicht wollen", mahnte der SPD-Ortsausschussvorsitzende Roland Seemann. Die Bildungspolitik sei ein wesentlicher Teil der Kommunalpolitik, den man sich nicht so einfach aus den Händen reißen lassen dürfe.

In seinem Vortrag legte Seemann die Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik dar. Er warnte davor, die Kompetenzen der Gesamtkonferenzen auf die Schulleiter zu übertragen sowie vor eivieler Privatisierung Schulen und dem Sponsoring durch Unternehmen. "Wir demokratische Entscheidungen in der Schule", betonte er. Die Ganztagsschule sei wichtig, doch man müsse auch dafür sorgen,

dass genügend qualifiziertes Personal vorhanden sei. Bei den Reformen müsse man beachten dass nicht eine Zweiklassengesellschaft entstehe.

Dass in Papenburg zu diesem Thema tatsächlich Diskussionsbedarf besteht, kam in diversen Wortmeldungen

"Die Verlierer gibt es doch längst"

zu Tage. "Wir haben doch längst Gewinner und Verlierer der Schulpolitik", merkte einer an und forderte Qualitätsprüfungen. Stunden würden ausfallen, Lehrer wechselten ständig, und an Mate-

rial mangle es zudem. Ein Vater stellte gar die provokante Frage: "Wie kann es sein, dass unsere Stadt so sauber ist, nur unsere Schulen nicht?"

Weitere Vorwürfe wurden laut: Warum die SPD-Fraktion nicht in die Schulen gehe und sich dort ein Bild mache? "Wir haben uns zu lange auf die Bestandsaufnahme der Verwaltung verlassen", räumte Seemann ein. Zwar besuche die SPD-Fraktion bereits regelmäßig die Schulen, mache dies aber lieber unter Ausschluss der Öffentlichkeit, erklärte Ausschussmitglied Peter Raske. Zudem merkte Raske an, sei es schwierig, ohne Mehrheit im Stadtrat Veränderungen herbeizuführen.



MAHNTE: SPD-Ortsausschussvorsitzender Roland Seemann.

Schulpolitik der SPD

Mehr Demokratie wagen

Von Susanne Fetter

"Bildung ist unsere wichtigste Ressource"– damit hat Roland Seemann sicher Recht. Doch statt Versäumnisse in Hannover und Berlin anzuprangern oder dem Sponsoring durch Firmen den Kampf anzusagen, sollte die SPD ihr Augenmerk stärker auf die Probleme der

städtischen Schulen richten. Sich hinter fehlenden Mehrheiten zu verstecken, mutet zu einfach an. Die Öffentlichkeit aus ihren Überlegungen auszuschließen, klingt wenig plausibel. Nur wer Ziele klar und für alle hörbar formuliert, erarbeitet sich das nötige Profil für eine echte Alternative. Gerade das brisante Thema

Schule wäre hierfür bestens geeignet. Nicht nur mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen sollte für die SPD daher die Forderung ihres einstigen Vorsitzenden gelten: "Mehr Demokratie wagen." Die Realität erinnert stattdessen an ein anderes Konzept: "Keine Experimente." So ist Stillstand vorprogrammiert.

Ems-Zeitung 07.01.2006



09.01.2016

SPD meldet Forderungen für den Haushalt an

Die SPD begrüßte die Haushaltssituation, die dadurch gekennzeichnet war, dass sich der strukturelle Fehlbetrag nicht wesentlich erhöht hatte.

Verärgert war die Ratsfraktion, dass wiederum viele ihrer jetzt schon jahrelangen Forderungen von der Verwaltung nicht aufgenommen wurden. Begrüßt wurde, dass die CDU von den unsozialen Sparbeschlüssen abrückte. So stellte Peter Raske mit Genugtuung fest, dass für die Kunstschule Zinnober wieder Zuschüsse eingeplant waren. Zwar wäre ein höherer Zuschuss notwendig, aber es würde somit das Engagement der Mitarbeiter belohnt. Gleichzeitig begrüßte die SPD, dass der Standort Forum Bethlehem wohl nicht realisiert werden sollte.

Die Fraktion zeigte sich bestürzt darüber, dass die Liste der Anmeldungen für den Haushalt, die im Vermögenshaushalt nicht berücksichtigt werden konnten, mit jedem Jahr weiter wuchs. Kritisiert wurde, dass vor allem viele notwendige Straßenbauvorhaben, die von der SPD seit Jahren gefordert wurden, wieder nicht berücksichtigt würden. Die Liste der maroden Straßen würde immer länger, so dass irgendwann ein Verkehrskollaps drohte.

Es fehlten den SPD-Ratsmitgliedern für die Haushaltsberatungen eine Festlegung von Zielen, deren Realisierung für die Stadt wichtig war. Viele Bürger fragten sich zunehmend, wofür sie Steuern zahlen, wenn kaum noch etwas als öffentliche Aufgabe übrig blieb. Der Wert des städtischen Lebens dürfte nicht nur an "Kosten-Nutzen-Rechnungen" gemessen werden, sondern bestimme sich auch aus den kulturellen, sportlichen, und sonstigen Angeboten einer Stadt.

Für die Fraktion galt bei der Diskussion um zukünftige Haushalte und bei der Verlagerung öffentlicher Aufgaben in private Hände, dass bewährte Strukturen erhalten bleiben müssten. Die Stadt dürfte nicht Steuerungsinstrumente zur Behebung sozialer Ungerechtigkeiten aus der Hand geben. Bei Einsparungen müsste eine gerechte Verteilung der Lasten oberstes Gebot sein.

"Die Liste der

maroden Straßen

wird immer

länger"

Hartmut Bugiel

SPD: Stadt droht Verkehrskollaps

Sozialdemokraten und Grüne in Papenburg stehen dem Haushaltsentwurf der Stadt grundsätzlich positiv gegenüber. Sie haben allerdings auch einiges zu bemängeln.

PAPENBURG. SPD und Grüne beschäftigten sich jetzt in einer Fraktionssitzung erstmals mit dem Haushaltsentwurf 2006 für Papenburg. Begrüßt wird, dass sich der strukturelle Fehlbetrag nicht wesentlich erhöht habe.

Verärgert sind die SPD-Ratsmitglieder allerdings, dass erneut viele ihrer jetzt schon jahrelangen Forderungen nicht aufgenommen worden sind. So kritisierte der Fraktionsvorsitzende Hartmut Bugiel, dass vor allem viele notwendige Straßenbauvorhaben wieder nicht berücksichtigt werden. "Die Liste der maroden Straßen wird immer länger, so

länger, so dass irgendwann ein Verkehrskollaps droht", so Bugiel. Begrüßt wurde, dass bei der CDU eine

Abkehr von "den unsozialen Sparbeschlüssen" zu verzeichnen sei. So stellt Peter Raske mit Genugtuung fest, dass für die Kunstschule Zinnober wieder Zuschüsse eingeplant seien. Zwar wäre ein höherer Zuschuss not-

wendig, aber es werde somit das Engagement der Mitarbeiter belohnt.

Den SPD-Ratsmitgliedern fehlt für die Beratungen eine Festlegung von Zielen, deren Realisierung für die Stadt wichtig ist. "Viele Bürger fragen sich zuneh-

mend, wofür sie Steuern zahlen, wenn kaum noch etwas als öffentliche Aufgabe übrig bleibt," so Bugiel. Der Wert des

städtischen Lebens dürfe nicht nur an "Kosten-Nutzen-Rechnungen" gemessen werden, sondern bestimme sich auch aus kulturellen, sportlichen, und sonstigen Angeboten einer Stadt.

Der Wecker 29.01.2006

Oldletter:

SPD-Geschichten aus Papenburg



09.01.2016

Februar 2006

Umsetzung des Jugendschutzes beim Gaststättengesetz

Mit Beginn der Karnevalssaison und wegen vieler Vereinsfeste diskutierte die Fraktion, wie Jugendliche vor den Gefahren des Alkoholkonsums geschützt werden könnten. Dabei sollte als ein Schritt die Kontrolle der Anwendung des Gaststättengesetzes beim Ausschank von Getränken stehen. Wegen der drohenden Gefahren durch Alkoholmissbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluss verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disko- oder Gaststättenbesuch durch Jugendliche wäre das Unterlaufen des Gaststättengesetzes unverantwortlich.

Deshalb forderte die SPD, Jugendschutz müsse ernst genommen werden.

Jugendlichen stünde in der Regel nicht viel Geld zur Verfügung. So wählten sie meist das von der Menge her billigste Getränk und damit allzu oft Alkohol. Nach § 6 des Gaststättengesetzes lag ein Verstoß dann vor, wenn alkoholische Getränke von der Menge her billiger angeboten wurden als ein

alkoholfreies Getränk, also wenn zum Beispiel 0,2 l Cola für 2,50 Mark aber 0,3 l Bier für drei Mark ausgeschenkt wurde. Es wäre Zeit, dass etwas dagegen geschieht. "Der Jugendschutz wird unterhöhlt, wenn der Wille des Gesetzgebers von den Gaststätten nicht umgesetzt wird," so Peter Raske.

Es war bedauerlich, dass Gaststätteninhaber durch eine entsprechende Preis- und Mengengestaltung das Ziel des Gesetzes aushöhlten. Oft dürfte ihnen der Verstoß gegen das Gaststättengesetz auch gar nicht bewusst sein, da Kontrollen kaum stattfanden. Deshalb forderte die SPD mehr Kontrollen.

Offensichtlich müsste der Wille des Gesetzgebers in dieser Frage verdeutlicht werden. Die SPD-Fraktion setzte sich dafür ein, dass die Umrechnung der Preise auf eine einheitliche Menge gemäß § 6 des Gaststätten-gesetzes über den Ausschank alkoholfreier Getränke erfolgte und bei Nichtbeachtung entsprechende Bußgelder verhängt würden.

Bier in Kneipen häufig billiger als Limonade

SPD-Fraktion fordert mehr Kontrollen

Papenburg
Mit Blick auf die Karnevalssession und die diversen
zahlreichen Vereinsfeste appelliert die Papenburger
Stadtratsfraktion von SPD
und GRÜNEN dafür, Jugendliche vor den Gefahren des
Alkoholkonsums stärker zu
schützen.

So müssten Kontrollen erfolgen, ob die Gaststätten beim Ausschank alkoholischer Getränke die Gesetze einhielten. Gerade vor dem Hintergrund von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach Disko- oder Gaststättenbesuchen sei das Unterlaufen des Gaststättengesetzes unverantwortlich. Deshalb fordert die SPD, "Jugendschutz muss ernst genommen werden".

Jugendlichen stünde oft nicht viel Geld zur Verfügung. So wählten die Heran-

wachsenden das von der Menge her billigste Getränk. Nicht selten würde ein Glas Bier günstiger angeboten als ein Glas Cola. Dies sei nach Paragraph sechs ein Verstoß gegen das Gaststättengesetz. "Der Jugendschutz wird unterhöhlt, wenn der Wille des Gesetzgebers nicht umgesetzt wird", betonte SPD-Ratsherr Peter Raske.

Es sei bedauerlich, dass Gaststätteninhaber durch eine entsprechende Preisund Mengengestaltung das Ziel des Gesetzes unterliefen. Oft dürfte ihnen der Verstoß gegen das Gaststättengesetz auch gar nicht bewusst sein, da Kontrollen kaum stattfänden. Deshalb fordert die SPD stärkere Überwachung.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass bei Verstößen gegen das Gaststättengesetz entsprechende Bußgelder verhängt werden.

Der Wecker 02.02.2006

Oldletter:

SPD-Geschichten aus Papenburg



09.01.2016

Für Wiedereinführung der Baumschutzsatzung

Offensichtlich konnte man nicht bei allen Bürgern auf die Einsicht in die Notwendigkeit von Naturschutz vertrauen. Deshalb forderte die Fraktion die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung. Nur so hätte man ein wirksames Mittel gegen die Vernichtung alter und für die Anpflanzung junger Bäume.

Nach Beobachtungen der Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN wurden nach der Abschaffung der Baumschutzsatzung in Papenburg durch die CDU-Ratsmehrheit unverhältnismäßig viele alte und gesunde Bäume gefällt.

Es zeigte sich sehr deutlich, dass man beim Naturschutz nicht auf den mündigen Bürger setzen könnte, wie es die CDU in der Begründung für die Abschaffung der Baumschutzsatzung behauptete. Ohne Baumschutzsatzung gab es in Papenburg keinen verantwortungsvollen Umgang mit alten Bäumen. Niemand sorgte dafür, dass für die gefällten Bäume Ersatzanpflanzungen vorgenommen werden. Um in Zukunft zu verhindern, dass der Baumbestand in Papenburg langfristig gefährdet würde, müsste die Baumschutzsatzung wieder in Kraft gesetzt werden.

Ist der Tourismus durch die CDU bedroht?

Angesichts des Weggangs des Geschäftsführers der Tourismus GmbH und der touristischen Ansprüche, die Heinrich Hövelmann mit dem Forum Bethlehem verband, zeigte sich die Fraktion besorgt über die Zukunft des Tourismus.

Sollte beim Forum Bethlehem ein touristisches Zentrum geschaffen werden zu Lasten der Tourist-Informationen im Zeitspeicher?

Nachdem sich mit dem Zeitspeicher erste positive Entwicklungen im Bereich Bus-Tourismus zeigten und die zukünftige Gestaltung der Anlaufstelle für den Tourismus mit der Umgestaltung des Turmkanals in Angriff genommen wurde, zeigte sich die SPD verwundert darüber, dass möglicherweise Pläne bestünden, das Forum Bethlehem zur Anlaufstelle des Tourismus in Papenburg zu machen.

Die SPD begrüßte das zentrale Tourismuskonzept der Stadt mit der touristischen Vermarktung der Meyer-Werft, in dem die Ölmühle mit dem Zeitspeicher als historische Erlebnisstation fußnah den Bereich Hafen und die Gesine mit einem Liegeplatz vor der Ölmühle, Heimatmuseum, das Kulturzentrum Alte Werft, die Schiffsnachbauten am Hauptkanal und Meiers Mühle verbanden. Nach ihrer Auffassung würde dies zu einer Belebung des Einzelhandels und der Wirtschaftskraft Papenburgs führen.

Zwar sah das "Struktur- und Entwicklungskonzept Obenende 2015" eine Achse von der HÖB über das Freilichtmuseum mit Kapitänshaus und den Alten Turm über das Forum Bethlehem zum Demonstrationswald und einen Moorlebnispfad am Krummen Meer als touristisches Erlebniskonzept vor, aber damit könnte nach Auffassung von Ratsherr Peter Raske nicht gleichzeitig die zentrale Vermarktung Papenburgs mit dem Hafen und der Meyer-Werft in Frage gestellt werden.

Die Fraktion fragte besorgt, ob die CDU noch hinter dem Tourismuskonzept der Touristik-GmbH stünde oder ob es inzwischen Mehrheiten in der CDU gäbe, die eine finanzielle Unterstützung der Tourismus GmbH zugunsten der Finanzierung des Forum Bethlehem in Frage stellten



Ibo Kurkammz, Insa Hillebrands und Eva Dubke (von links) Einsatz der Leiterin Petra betreuten das ART-Projekt. Foto: Mechthild Germann Wendholz und des Künstlers

Lob für ART-Projekt

■.Papenburg (meg) Seit Freitagnachmittag ist die Ausstellung des ART-Projektes der Kunstschule "Zinnober" geöffnet. Noch bis zum 28 Februar kann sie in der Sparkasse Emsland bewundert werden. Kulturdezernent Dr. Rainer Krieger: "In der Kunstschule wird schon lange das erst jetzt propagierte Mehrgenerationenhaus praktiziert. Bei "Zinnober" malen die Kinder ab vier Jahren, Altersbegrenzungen gibt es nicht. Darüber hinaus lobte Dr. Krieger den unermüdlichen Einsatz der Leiterin Petra

Ibo Kurkammz. Nur so habe die Kooperation mit den Schulen und der Caritas verwirklicht werden können. Beifall erntete Bürgermeister Ulrich Nehe, als er sagte, Ibo Kurkammz sitze bei "Zinnober" nun "fest im Sattel".

Kürzlich wurde bekannt, die Zweigstelle der Kunstschule im "Forum Bethlehem" werde zunächst nicht eingerichtet. SPD-Ratsherr Peter Raske: "Es ist besser, auf einem Bein fest zu stehen, als auf zweien zu scheitern."

Die "ART" ist montags von 8.30 bis 17 Uhr und donnerstags bis 18 Uhr zugänglich.

Sonntags Report 05.02.2006